

Medienmitteilung

Erasmus+: Kantone fordern Vollasoziiierung

2. März 2021

Mit einer umfassenden und vollständigen Beteiligung am neuen europäischen Bildungsprogramm Erasmus+ werden die Schweiz und ihr Bildungssystem dessen Vorteile in vollem Umfang nutzen können. Die Kantone unterstützen den Bundesrat in seiner Absicht, Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) aufzunehmen, und stimmen dem in die Konsultation gegebenen Verhandlungsmandat zu. Diese Beteiligung der Schweiz darf nicht zu Lasten der Finanzen der Kantone oder der Bildungsbudgets des Bundes gehen.

Die eidgenössischen Räte haben sich mehrmals für die Vollasoziiierung an Erasmus+, dem Programm für Bildung, Jugend und Sport der EU, ausgesprochen. Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) forderte den Bundesrat in ihrer Erklärung vom 30. Oktober 2020 auf, die erforderlichen Massnahmen im Hinblick auf diese Assoziierung zu ergreifen und die entsprechenden Bedingungen in Absprache mit den Kantonen festzulegen.

Am 13. Januar 2021 hat der Bundesrat ein Verhandlungsmandat verabschiedet und den Kantonen zur Konsultation unterbreitet. In ihrer Stellungnahme stimmen die Kantonsregierungen einer Vollasoziiierung an der nächsten Generation von Erasmus+ 2021–2027 und dem entsprechenden Verhandlungsmandat zu. Auch unterstützen sie die Eckwerte des Mandats.

Gleiche Teilnahmebedingungen und keine Veränderung der Bildungsbudgets des Bundes

Im Falle einer Assoziierung müssen für die Schweiz betreffend Zugang und Teilnahmebedingungen ähnliche Modalitäten gelten wie für die EU-Mitgliedsländer. Sachfremde Verknüpfungen zu anderen bilateralen Abkommen sind in den Verhandlungen möglichst zu vermeiden.

Die Kantonsregierungen wünschen in zwei Punkten Ergänzungen: Die Beteiligung an der neuen Programmgeneration darf weder zu Lasten der Bildungsbudgets des Bundes noch zu Lasten der Kantone gehen. Die Kantone wünschen zudem, dass sie von Anfang an in der Schweizer Verhandlungsdelegation vertreten sind.

Erasmus+: Assoziierung bringt Vorteile für Bildung und Austausch

Dank Erasmus+ konnten von 2014 bis 2020 über vier Millionen Menschen im Ausland studieren, sich weiterbilden oder Berufserfahrung sammeln. Die neue Programmgeneration (2021–2027) wird mit einer Aufstockung der Mittel von 14 auf 26 Milliarden Euro weiter ausgebaut.

Auch für die Schweiz spielen Mobilität und Austausch eine wichtige Rolle: Sie verbessern die Verständigung zwischen Kultur- und Sprachgemeinschaften sowie die Qualität und Entwicklung des Bildungsraums, tragen zur Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Schweiz bei und unterstützen die Integration unseres Landes in das europäische und internationale Umfeld.

Kontakt / Rückfragen:

- Regierungsrat Christian Rathgeb, Präsident der KdK (081 257 32 13, christian.rathgeb@dfg.gr.ch)
- Roland Mayer, Generalsekretär der KdK (031 320 30 10, r.mayer@kdk.ch)
- Susanne Hardmeier, Generalsekretärin der EDK (031 309 51 11, hardmeier@edk.ch)

Dokumente

- [Politische Erklärungen der EDK: Erasmus+ \(2021–2027\)](#)